

**Gute Arbeit – Sichere Rente – Soziales Europa – Aktiver Staat:
Politikwechsel für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer**

**Beschluss des DGB-Bundesvorstandes vom 2. Oktober 2012
und
Ergänzungsbeschluss des DGB-Bundesvorstandes
vom 9. April 2013**

Gute Arbeit – Sichere Rente – Soziales Europa – Aktiver Staat: Politikwechsel für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Deutschland und Europa stehen vor großen Herausforderungen. Die Krise in der Eurozone ist noch lange nicht überstanden. Aus der Bankenrettungskrise ist längst eine soziale Krise geworden: Das Privatvermögen der reichsten zehn Prozent der Bevölkerung wird immer größer, der Staat dagegen ist ärmer geworden. Arbeitslosigkeit und Armut wachsen in vielen Ländern. Arbeitnehmerrechte werden in vielen europäischen Ländern abgebaut. Die Regierungen der meisten europäischen Staaten und die EU-Kommission haben – vor allem auf Betreiben der deutschen Bundesregierung - bislang lediglich untaugliche Rezepte vorgelegt: Fiskalpakt und Schuldenbremsen, die Deregulierung der Arbeitsmärkte und die Aussetzung sozialer und kollektiver Rechte.

Alle Länder der Europäischen Union sind in der Verantwortung zu verhindern, dass sich aus der Wirtschaftskrise Separatismus und Nationalismus sowie eine Krise der europäischen Idee und des demokratischen Rechtsstaats entwickeln.

Deutschland ist trotz seiner Exportabhängigkeit bislang gut durch die Krise gekommen. Die Eurokrise überwinden, Arbeitsplätze sichern und die Zukunftsfähigkeit der Unternehmen gewährleisten: das bleiben entscheidenden Herausforderungen der nächsten Jahre. Die dabei entstehenden Kosten dürfen nicht einseitig den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, Rentnerinnen und Rentnern und VersorgungsempfängerInnen aufgebürdet werden.

Es gibt Alternativen – wir brauchen einen Politikwechsel für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer!

Die Gewerkschaften fordern den Einstieg in einen weniger krisenanfälligen Pfad qualitativen Wachstums. Wir wollen ein Deutschland und Europa von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit; ein Deutschland und Europa, in denen die Arbeitnehmerrechte geachtet werden; ein Deutschland und Europa mit Sozialstaatlichkeit und Mitbestimmung; ein Deutschland und Europa, in dem die Menschen in Würde leben und arbeiten können.

Wir erwarten von den Parteien ein klares Bekenntnis zum Industrie- und Dienstleistungsstandort Deutschland. Wir müssen den Industriestandort stärken, aber auch die Dienstleistungen weiterentwickeln und beides im Sinne der Nachhaltigkeit ausbauen. Für beides brauchen wir mehr Investitionen und Innovationen. Wohlstand, Lebensqualität und Arbeitsplätze erfordern ein nachhaltiges Wirtschaften, das Ressourcen schont und das Leben aller Menschen erleichtert. Der Schlüssel zu Innovationen liegt in der Bildung und Beteiligung der Arbeitnehmer. Wir müssen Talente und Begabungen junger und alter Menschen fördern und nutzen.

Wir wollen die Arbeits- und Lebenssituation der Bürgerinnen und Bürger verbessern und dazu beitragen, dass unsere Gesellschaft gerechter und solidarischer wird. Dabei agieren der DGB und seine Gewerkschaften als Einheitsgewerkschaften parteipolitisch unabhängig, aber nicht neutral. Als die Stimme für Arbeit und soziale Gerechtigkeit sind sie die Interessenvertretung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland und Europa. Daraus leiten wir Anforderungen an die politischen Parteien ab. Im Mittelpunkt stehen vier Themen:

- Neue Ordnung der Arbeit
- Alterssicherung
- Euro-Krise
- Finanzierung eines handlungsfähigen Staates.

1. Neue Ordnung der Arbeit

Ziel des DGB und seiner Mitgliedsgewerkschaften ist eine gestärkte Tarifautonomie und die Wiederherstellung von Ordnung am Arbeitsmarkt. Er ist tief gespalten. In einer neuen Ordnung der Arbeit ist Arbeit wieder als zentrales Element der Teilhabe und persönlichen Verwirklichung anerkannt. Eine neue Ordnung der Arbeit vermindert Unsicherheit und Risiken, denn sie soll mit Regeln für gute Arbeit Beschäftigte besser schützen, ihre Rechte stärken und dabei die notwendige Flexibilität in einer globalisierten Arbeitswelt sichern. Es müssen gleiche Rechte für alle Beschäftigten gelten. Faire Entgelt- und Arbeitsbedingungen sollen ihnen Arbeit und Leben in Würde, Freiheit und in Selbstbestimmung ermöglichen. Beteiligung und Mitbestimmung sind dafür entscheidende Voraussetzungen. Wo diese Ziele – etwa durch prekäre Beschäftigungsverhältnisse oder Lohndumping – nicht gewährleistet sind, muss der Gesetzgeber mit dem Ziel der Gleichbehandlung tätig werden. Soziale Sicherung ist hierbei unverzichtbar, dafür ist die Einbeziehung aller Beschäftigten in den Schutz der Sozialversicherung unerlässlich.

Wir erwarten von den Parteien, dass sie die **Tarifautonomie und andere grundlegende Arbeitnehmerrechte** stärken indem sie

- ein klares Bekenntnis zu Tarifautonomie und Sozialpartnerschaft abgeben. Sie sollen durch gestärkte Flächentarifverträge auch im Öffentlichen Dienst (z.B. um die Situation der 200.000 angestellten Lehrkräfte zu verbessern) und erleichterte Allgemeinverbindlicherklärungen (u. a. durch Wegfall des 50-Prozent-Quorums bei gleichzeitiger Präzisierung des öffentlichen Interesses) gefördert werden;
- das Erfolgsmodell der Mitbestimmung der Betriebs-, Personal- und Aufsichtsräte als Teil der sozialen Marktwirtschaft ausbauen und dafür in Europa werben;
- die Beteiligung der Arbeitnehmer stärken und fördern sowie die Idee der Montanmitbestimmung auf andere Wirtschaftszweige ausdehnen und bei der Harmonisierung des Gesellschaftsrechts in Europa keine Umgehung der Mitbestimmung zuzulassen;

- das Unternehmensinteresse und die Gemeinwohlverpflichtung der Unternehmen durch eine Änderung im Gesellschaftsrecht verankern, um die share-holder-Logik zu durchbrechen;
- gesetzliche und insolvenz sichere Regelungen für Arbeitszeitkonten schaffen, die auch über die Betriebs- und Branchengrenzen möglich sein müssen;
- den Kündigungsschutz verbessern und die sachgrundlose Befristung abschaffen;
- endlich ein Arbeitnehmer-Datenschutzgesetz, das diesen Namen verdient, einführen. Es beinhaltet z.B. ein grundsätzliches Verbot der gezielten Beobachtung und Überwachung am Arbeitsplatz und im privaten Umfeld, ein Verbot des Zugriffs auf personenbezogene oder beziehbare Nutzerdaten bei der Verwendung moderner Kommunikationsmittel sowie konkrete Regelungen zum Fragerecht des Arbeitgebers.

Der **Niedriglohnsektor** wird immer größer Diese Entwicklung müssen die Parteien entschieden bekämpfen indem sie

- umgehend einen flächendeckenden, gesetzlichen Mindestlohn auf der Einstiegshöhe von mindestens 8,50 Euro pro Stunde einführen, der dann als gesetzliche Untergrenze greift, wenn Tarifentgelte in den jeweiligen Branchen unterhalb dieser Grenze liegen oder in der Branche keine bzw. nur teilweise tarifliche Regelungen gelten;
- durch die Ausweitung des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes auf alle Branchen die Schaffung weiterer tarifgeschützter Branchenmindestlöhne unterstützen und Lohndumping durch Entsendung verhindern;
- den Missbrauch der Leiharbeit endlich eindämmen und gesetzliche Regelungen umsetzen, die Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter beim Entgelt und allen weiteren Arbeitsbedingungen mit den Beschäftigten im Entleihbetrieb vom ersten Tag an gleichstellen, das Synchronisationsverbot wiederherstellen, den Streikbrechereinsatz verbieten und die Überlassungsdauer auf eine klar bestimmte Zeit begrenzen;
- das Verbandsklagerecht der Gewerkschaften gesetzlich verankern, um Tarifbruch und Verstöße gegen Mindestarbeitsbedingungen besser bekämpfen zu können;

- den Missbrauch von Werkverträgen zum Lohn- und Sozialdumping unterbinden. Bei missbräuchlicher Fallgestaltung sollte der Vertrag zwischen den Beschäftigten des Werkvertragsunternehmers und dem Werkvertragsunternehmen unwirksam sein und ein Arbeitsvertrag zwischen den betroffenen Beschäftigten und dem Auftraggeber der angeblichen Werkleistung als geschlossen gelten. Mindestens muss sichergestellt werden, dass Werkvertragsnehmer die gleichen Löhne erhalten wie die Beschäftigten des Auftraggebers und die Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte bei der Vergabe von Werkverträgen gestärkt werden. Gleichzeitig müssen die Kriterien für die Feststellung der Scheinselbständigkeit durch die Rentenversicherung präzisiert werden;
- alle Arbeitsverhältnisse ohne Ausnahme sozialversicherungspflichtig machen und insbesondere den Sonderstatus von Minijobs beenden. Bei niedrigen Einkommen unter 800 Euro sind die Beiträge der Arbeitgeber höher, erst darüber gilt die paritätische Finanzierung;
- die Möglichkeit, bei der öffentlichen Auftragsvergabe soziale Kriterien zu berücksichtigen (z.B. Tariftreue, Mindestlohn, Gleichstellung von Männern und Frauen), gesetzlich verankern.

Immer neue Studien belegen, wie viele Menschen durch ihre Arbeit krank werden. Ziel einer neuen Ordnung der Arbeit ist es folglich, **Gesundheit am Arbeitsplatz und in der Arbeitswelt** besser zu schützen. Wir erwarten von den Parteien, dass sie

- die Gewerkschaften bei ihren Bemühungen um gesunde Arbeit unterstützen, eine Anti-Stress-Verordnung der Bundesregierung einfordern und damit für klare Regeln für die Arbeitgeber sorgen und die Anerkennung psychischer Krankheiten befördern, dafür umfassende Mitbestimmungsrechte für betriebliche Interessenvertretungen einführen und geeignete Anreize für Kleinbetriebe setzen (z.B. Kündigungsschutz für gesundheitlich eingeschränkte Arbeitnehmer verbessern, Defizite beim betrieblichen Eingliederungsmanagement abbauen).

Eine Neue Ordnung der Arbeit will auch die **Vereinbarkeit von Familie und Beruf** erleichtern und die **Gleichstellung von Frauen und Männern endlich verwirklichen**. Deswegen erwarten wir von den Parteien, dass sie

- die Vereinbarkeit von Familie und Beruf fördern, den Ausbau der frühkindlichen Bildung in ganztägige Betreuung systematisch vorantreiben, am Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz zwingend festhalten und ein entsprechendes Angebot auf qualitativ hohem Niveau mit Ländern und Kommunen realisieren;
- mehr Zeitsouveränität für Beschäftigte ermöglichen, indem sie den Rechtsanspruch auf Teilzeit auch auf Beschäftigte in Kleinbetrieben ausdehnen und das Recht auf Aufstockung von Teilzeitarbeit auf Vollzeit sowie auf befristete Teilzeitarbeit (u. a. familienbedingt, zum Übergang in die Rente);
- gesetzliche Regelungen zur besseren Durchsetzung der Entgeltgleichheit von Frauen und Männern sowie zum verbindlichen Einsatz von Prüfinstrumenten zur geschlechtergerechten Bewertung von Tätigkeiten schaffen;
- die Gleichstellung von Frauen und Männern in den Privatwirtschaft gesetzlich regeln, in dem sie die betrieblichen Akteure zur Erstellung und Umsetzung entsprechender Maßnahmen verpflichten (u.a. Frauen in Führungspositionen, Geschlechterquote in Aufsichtsräten, Weiterentwicklung der Mitbestimmung).

Eine Neue Ordnung der Arbeit kann dazu beitragen, die **Arbeitslosigkeit weiter zu bekämpfen** um **Arbeitslose wirksamer zu unterstützen**. Um das zu erreichen, sollen die Parteien

- den Zugang zum Arbeitslosengeld erleichtern, in dem die Rahmenfrist auf drei Jahre verlängert wird und bereits nach sechs Monaten Beitragszahlung ein Anspruch auf Versicherungsleistung entsteht;
- die arbeitsmarktpolitischen Instrumente stärken und geschlechterpolitisch schärfen, um Menschen bei der Bewältigung der Risiken von beruflichen/gesellschaftlichen Übergängen (u.a. Kindererziehungs-, Qualifizierungs- und Pflegephasen sowie Arbeitsplatzverlust aufgrund des Strukturwandels) besser unterstützen zu können;
- die Potentiale aller Beschäftigten und Arbeitslosen durch ein Weiterbildungsgesetz besser erschließen. Menschen ohne Berufsausbildung benötigen eine „Zweite Chance“ auf Ausbildung. Und Menschen, deren Qualifikation veraltet ist, müssen die Chance auf Weiterbildung und Umschulung erhalten.

Anders als in vielen europäischen Ländern ist die **Jugendarbeitslosigkeit** in der Bundesrepublik nicht dramatisch gestiegen. Dennoch gibt es auch hier zu viele junge Menschen, die keinen Ausbildungsplatz finden. Sie brauchen Unterstützung. Deswegen fordern wir die Parteien auf,

- sich für die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit und bessere Chancen junger Menschen durch bestmögliche Ausbildung (z.B. durch Angebote mit ausbildungsbegleitenden Hilfen für Jugendliche mit schlechten Startchancen) und eine Umlagefinanzierung einzusetzen;
- die Inklusion bisher benachteiligter Menschen voranzutreiben;
- sich endlich der Probleme der mehr als zwei Millionen jungen Menschen ohne Berufsabschluss anzunehmen. Dafür soll das Bafög ausgebaut und damit berufsbegleitend das Nachholen von Schul- und Berufsabschlüssen gefördert werden;
- sich für ein Recht auf Ausbildung und eine „gute Ordnung der Ausbildung“ einzusetzen und Ausbildung statt Ausbeutung (Vergütung, Überstunden, ausbildungsfremde Tätigkeiten ...) zu gewährleisten. Damit junge Menschen sich nachhaltig auf dem Ausbildungsmarkt behaupten können, brauchen sie eine gute drei- bis dreieinhalbjährige Ausbildung. Bei den neuen Berufen und modernen Ausbildungsordnungen muss das Konsensprinzip wieder zur Grundlage gemacht werden;
- endlich gesetzliche Regelungen zur Verhinderung des Missbrauchs von Praktika (Dauer, Vergütung, Vertragsgestaltung, etc.) umzusetzen.

2. Für solidarische Alterssicherung

Ziel des DGB ist eine **nachhaltige und solidarisch finanzierte Stärkung der Alterssicherung**, die sich an der **Lebensstandardsicherung** orientiert und **Altersarmut** sowie einen sozialen Abstieg von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Alter **vermeidet**.

Wir erwarten von den Parteien, dass sie sich einsetzen für

- bessere gesetzliche Rahmenbedingungen für abgesicherte Übergänge aus der Arbeit in den Ruhestand: Teilrente ab 60 sowie staatliche finanzielle Unterstützung für Übergangsmodelle insbesondere von Beschäftigten in Kleinbetrieben und/oder mit besonders belastenden Tätigkeiten, für unstetig Beschäftigte sowie für Bezieher unterdurchschnittlicher Arbeitseinkommen;
- die Aussetzung der Rente mit 67;
- bessere Leistungen der Gesetzlichen Rentenversicherung (vor allem höheres Rentenniveau, höhere Erwerbsminderungsrente und höheres Rehabudget);
- den Aufbau von Rücklagen und einen moderat und schrittweise angehobenen Beitragssatz;
- den Ausbau der betrieblichen Altersversorgung: Arbeitgeber sollen künftig jedem Arbeitnehmer/jeder Arbeitnehmerin eine betriebliche Altersversorgung anbieten und sich an den Kosten beteiligen. Dabei ist die staatliche Förderung so zu ergänzen, dass Geringverdiener nicht weiter materiell schlechter gestellt werden als Gutverdiener;
- die Bekämpfung von Altersarmut und sozialen Abstieg, insbesondere für Risikogruppen (bessere Leistungen für Geringverdiener/innen, Langzeitarbeitslose, Erwerbsminderungsrentner/innen).

3. Europa sozial gestalten

Ziel des DGB ist die soziale Gestaltung Europas. Dafür fordern wir eine soziale Fortschrittsklausel und einen neuen Sozialkontrakt für Europa. Beide gehören neben der Förderung von Wachstum und Beschäftigung ganz oben auf die Agenda europäischer Politik. Ohne gestärkte soziale Grundrechte droht Europa zu scheitern.

Die Bundesregierung ist besonders gefordert, wenn es um die Umsetzung der beiden Ziele und die Überwindung der Sparpolitik geht, die die soziale Spaltung in Europa vertieft und die Wirtschaft in vielen europäischen Ländern schwächt. Nur eine Politik, die auch die Einnahmeseite in den Blick nimmt, kann zu einer Überwindung der Eurokrise beitragen. Wirtschaftliche Prosperität und soziale Teilhabe sind keine Gegensätze. Sie bedingen sich gegenseitig. Wachstum und Wohlstand für alle sind auch die Voraussetzung für eine nachhaltige Finanzierung der öffentlichen Dienstleistung. Ohne Prosperität, gute und zukunftsfähige Arbeitsplätze, starke soziale Sicherungssysteme sowie eine gerechte Besteuerung von Vermögen und Einkommen kann die Krise in der Eurozone nicht überwunden werden.

Wir erwarten von den Parteien, dass sie alles unternehmen, um die **Beschäftigten vor den Folgen der Eurokrise zu schützen**, und die Krise mit **Zukunftsinvestitionen** bekämpfen indem sie

- einen Marshallplan auflegen, der mit Zukunftsinvestitionen für eine Modernisierung in Europa für dauerhaften Wohlstand und Beschäftigung für Alle sowie für eine höhere Lebensqualität durch ein qualitatives Wachstum sorgt. Denn Europa kann nur gemeinsam aus der Krise heraus wachsen. Ein solches Programm zielt darauf ab, langfristiges Produktivitätszuwächse mit kurzfristiger Konjunkturbelebung zu verbinden und dabei mittel- und langfristig die öffentlichen Finanzen zu entlasten. Es kann neue Impulse für qualitatives Wachstum durch eine nachhaltige und ressourcenschonende Industrie- und Dienstleistungspolitik setzen. Dabei kommt der Energiepolitik in Europa eine Schlüsselrolle zu;
- die Krisenverursacher an der Sanierung der überschuldeten Haushalte beteiligen – mit einer Gerechtigkeitssteuer in Form einer einmaligen Vermögensabgabe in Höhe von drei Prozent des

Vermögens ab 500.000 Euro bei Ledigen und 1 Mio. bei Verheirateten, mit der Besteuerung von Finanztransaktionen (einschließlich Derivate) mit 0,1 Prozent oder – solange diese nicht durchgesetzt werden kann – mit einer umgehend eingeführten Börsenumsatzsteuer auf nationaler Ebene;

- die Handlungsfähigkeit der Mitgliedstaaten zurückgewinnen helfen, indem Einnahmen strukturell erhöht und Reichtum gerechter verteilt wird - in Deutschland u.a. durch eine Vermögensteuer, um insbesondere den Bildungssektor ausreichend zu finanzieren;
- die steuerpolitische Harmonisierung vorantreiben, d.h. die Steuersysteme (geschlechter-) gerecht gestalten, Steuerdumping verhindern, Verschuldungskriterien an Konjunkturzyklen anpassen, den Steuervollzug stärken und Steuerhinterziehung bekämpfen;
- die Staatsfinanzen der Euroländer von den Finanzmärkten entkoppeln, d.h. eine Banklizenz für den ESM erteilen und kostenlose Kreditausfallversicherungen für private Anleger gewähren, wenn diese Staatsanleihen zu Bedingungen des ESM erwerben, sowie Eurobonds einführen, denn die Euroländer brauchen einen monetären Schutzschirm und eine Zinsobergrenze gegen Wucherzinsen der Spekulanten, wenn sie ihre öffentlichen Aufgaben erfüllen sollen;
- eine intensivere und verbindlichere Koordination der nationalen Fiskalpolitiken gewährleisten, d.h. eine Verpflichtung auf eine konjunktur- und verteilungsgerechte Konsolidierung der öffentlichen Haushalte durchsetzen;
- die Finanzmärkte regulieren und endlich das umsetzen, was schon lange auf Ebene der G 20 besprochen und vereinbart wurde: alle Finanzmarktakteure – von Banken bis Hedgefonds – müssen unter gleiche Mindestvorschriften gestellt werden, um die Umgehung von Regulierungsvorschriften und die Entstehung von Schattenbanksystemen zu verhindern. Außerdem muss die Bankenaufsicht zentralisiert und mit Eingriffsrechten ausgestattet, ein Trennbanksysteme installiert und den Banken der Handel mit eigenen Finanzprodukten untersagt werden;
- die Macht der Ratingagenturen brechen, z.B. indem alle Finanzmarktprodukte erst von einem öffentlichen Finanz-TüV geprüft und zugelassen werden, bevor sie auf den Markt gelangen.

Wir wollen **Europa sozialer und demokratischer** machen. Deswegen erwarten wir von den Parteien, dass sie

- die soziale Dimension Europas durch einen gesonderten „EU-Sozialvertrag“ erweitern und dabei die Rechte der Beschäftigten und ihrer Interessenvertretungen sowie der Gewerkschaften stärken
- (bessere Rechtssetzungsakte und Stärkung des sozialen Dialogs, sowie der Mitbestimmungsrechte der Sozialpartner und der Interessenvertretungen der Arbeitnehmer);
- die EU-Verträge um eine umfassende und wirksame soziale Fortschrittsklausel ergänzen, um den Vorrang der sozialen Grundrechte vor den Binnenmarktfreiheiten abzusichern;
- einen Konvent einberufen, um Europa demokratischer zu machen und das Europaparlament u.a. durch ein umfassendes Initiativrecht zu stärken.

In vielen europäischen Ländern leiden junge Menschen besonders unter den Auswirkungen der Schulden- und Wirtschaftskrise. Sie brauchen Perspektiven, denn wir dürfen es nicht zulassen, dass eine ganze Generation ohne Zukunftschancen heranwächst. Das kann zu einer ernsten Gefahr für die europäische Idee und Integration werden. Deswegen erwarten wir von den Parteien, dass sie ein EU-Programm zur Jugendbeschäftigung auflegen, das Jugendarbeitslosigkeit bekämpft sowie gute Arbeit und Ausbildung für Jugendliche gewährleistet.

Wir erwarten von den Parteien, dass sie den **europäischen Arbeitsmarkt neu ordnen**, die **Tarifautonomie respektieren und stärken**, die **Prekarisierung der Arbeit stoppen**, Untergrenzen garantieren, Lohn- und Sozialdumping verhindern, **gute Arbeit in Europa sichern** und ausbauen indem sie

- die Rechte mobiler Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer stärken und ihre Informations-, Beratungs- und Unterstützungsnetzwerke ausbauen (u.a. durch Programme wie EURES, ESF) sowie ihre Diskriminierungen durch Antidiskriminierungsrichtlinien verhindern;
- effiziente Kontrollen zur Einhaltung bestehender Arbeits- und Sozialstandards einführen, insbesondere Maßnahmen gegen Lohn-Diskriminierung (gleicher Lohn für gleiche/gleichwertige Arbeit am gleichen Ort, bessere Überprüfbarkeit der Sozialversicherungspflicht entsandter Arbeitnehmer und des Arbeitnehmerstatus, An- und Abmeldepflichten für Arbeitgeber von und über entsandte Arbeitnehmer nach Deutschland und Angabe, ob sie verliehen werden) und eine bessere Finanzausstattung der Finanzkontrolle Schwarzarbeit gewährleisten;
- die Arbeitnehmer-Entsenderichtlinie novellieren und klarstellen, dass die dort festgelegten zwingenden Mindestarbeitsbedingungen nur Mindest- und nicht Maximalregelungen sind (dann können auch in anderen Regelungsbereichen erforderliche (tarifvertragliche) Besserstellungen geregelt werden, die beim Einsatz entsandter Arbeitnehmer im Einsatzland zur Anwendung kommen müssen);
- die EU-Binnenmigration fördern und Zuwanderung europäisch gestalten.

4. Finanzierung eines handlungsfähigen Staates

Ziel des DGB und seiner Mitgliedsgewerkschaften ist es, die Handlungsfähigkeit des Staates auf Bundes-, Länder- und kommunaler Ebene zu stärken, damit auch in Zukunft eine funktionierende öffentliche Daseinsvorsorge, eine leistungsfähige Infrastruktur und ein zuverlässiger öffentlicher Dienst vorhanden sind. Gute Bildung und moderne Infrastruktur sind seit jeher wichtige Standortvorteile unseres Landes im globalen Wettbewerb. Doch die Marktgläubigkeit der vergangenen drei Jahrzehnte hat fatale Konsequenzen. Das gilt nicht nur bezüglich der Finanzkrisen, sondern z.B. auch dafür, dass die selbst auferlegten Sparzwänge die Infrastruktur in unserem Land immer weiter verfallen lassen und dringende Investitionen in die Zukunft unterbleiben.

Der DGB steht für einen leistungsfähigen und bürgernahen öffentlichen Dienst. Der Staat hat die Aufgabe, durch Investitionen eine leistungsfähige Bildungs- und Wissenschaftslandschaft zu schaffen und eine moderne, leistungsfähige und flächendeckende Infrastruktur zur Verfügung zu stellen. Damit schafft der Staat wesentliche wirtschaftliche Ausgangsbedingungen, um private Investitionen zu ermöglichen. Öffentliche Sicherheit, soziale Sicherungssysteme und öffentliche Daseinsvorsorge sind die Basis für ein gutes und sicheres Leben der Bürgerinnen und Bürger. Nur reiche Bürger können sich einen armen Staat leisten.

In den nächsten Jahren sehen wir folgende Hauptaufgaben für einen handlungsfähigen Staat und erwarten von den Parteien,

- **sich endlich den immensen Herausforderungen im Bildungsbereich zu stellen:** Gute Bildung und gut ausgebildete Beschäftigte sind die wichtigsten Ressourcen unseres Landes im globalen Wettbewerb. Doch unser Bildungssystem offenbart Schwächen: mehr als 50.000 Schulabbrecher Jahr für Jahr, 2,2 Millionen Menschen im Alter von 20 bis 34 Jahre ohne Berufsabschluss, 300.000 Jugendliche in Warteschleifen des Übergangsystems, 7,5 Millionen funktionale Analphabeten – das sind alarmierende Zahlen. Zudem sinkt allem Gerede von Fachleutemangel zum Trotz die Weiterbildungsbeteiligung. Der Investitionsbedarf gerade bei der

Bildung ist riesig, wenn folgende Ziele erreicht werden sollen: Rechtsanspruch auf Kitaplätze tatsächlich einlösen, Rechtsanspruch auf Ganztagskita flächendeckend einführen, bessere Ausstattung der Kitas, mehr verbindliche Ganztagschulen mit multiprofessionellem Personal, Inklusion (gemeinsamer Unterricht von Kinder mit und ohne Behinderungen), Verbesserung des Übergangs Schule-Beruf, Ausbau der Grundfinanzierung der Hochschulen in Lehre und Forschung, Schaffung eines Erwachsenen-BAföGs (Weiterbildung), gebührenfreie Bildung von der Kita bis zur Hochschule und Weiterbildung, Verbesserung der Lehr- und Lernbedingungen an den beruflichen Schulen, um die Qualität der beruflichen Bildung einschließlich der dualen Ausbildung weiter zu stärken. Insbesondere eine funktionierende und verlässliche Kinderbetreuung ist aus Sicht der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer unverzichtbar – denn sie ist für viele Menschen eine wichtige Voraussetzung, um Familie und Beruf gut vereinbaren zu können. Gute Bildung gibt es nur mit einer angemessenen Zahl qualifizierter und motivierter Beschäftigter. Dem offenkundigen Mangel an Erzieherinnen und Erziehern und dem steigenden Lehrkräftebedarf muss wirksam begegnet werden.

- **die öffentliche Infrastruktur zu sichern und auszubauen. Das schließt mehr Investitionen in die soziale Infrastruktur (Gesundheitswesen, Pflegeeinrichtungen) ein.**

Unser Land braucht als starker Industrie- und Dienstleistungsstandort eine moderne und leistungsfähige Infrastruktur sowie eine gut ausgebaute soziale Infrastruktur, um den sozialen Zusammenhalt zu sichern und den notwendigen ökologischen Umbau zu fördern Die Unterfinanzierung der Infrastruktur – Experten sprechen von einem Investitionsstau von 100 Mrd. Euro - gefährdet Wirtschaft und Arbeitsplätze sowie die Lebensqualität in Deutschland. Nur mit hinreichender Bürgerbeteiligung und weitgehender Transparenz ist Infrastrukturpolitik nachhaltig plan- und gestaltbar. Großer Handlungsbedarf besteht z.B. im Verkehrsbereich – ein „Masterplan Mobilität“ ist überfällig – und beim Ausbau der Breitbandnetze. Aber auch der Ausbau und die Sicherung der sozialen Infrastruktur, der Pflege im Alter und der Gesundheitsversorgung ist ein Zukunftsprojekt, weil so verhindert werden muss, dass nur wohlhabende Menschen sich über private Absicherung und teure Zusatzleistungen eine optimale Alters- und Krankenversorgung leisten können.

- **die Energiewende sozial zu gestalten und koordiniert umsetzen**, denn das darf nicht alleine dem Markt überlassen bleiben. Wir müssen die Energiewende als gemeinsames Zukunftsprojekt begreifen. Dabei geht es uns – neben dem Klimaschutz – vor allem um die Sicherung der Arbeitsplätze und eine gerechte Verteilung der Lasten statt einseitiger Belastung der privaten Haushalte. Nur konsequentes Handeln mit Blick auf Erneuerbare Energien, Netze, Speicher, Reservekraftwerke und vor allem die Gebäudesanierung führen zum Ziel. Ein wesentlicher Bestandteil einer erfolgreichen Energiewende ist eine kluge Energie- und Industriepolitik. Erforderlich ist es, die notwendigen Innovationen an deutschen Forschungs-, Entwicklungs- und Produktionsstandorten für die Energiewende anzustoßen.
- **sich für einen leistungsfähigen und bürgernahen öffentlichen Dienst einzusetzen.** Die Voraussetzung dafür ist ausreichendes Personal. Die Arbeitsbedingungen müssen modernen Ansprüchen genügen und die Beschäftigten dazu an deren Gestaltung beteiligt werden. Die bestehenden Mitbestimmungslücken, z.B. Transparenzrechte, Informations- und Beteiligungsrechte der Beschäftigten oder in ressortübergreifenden Angelegenheiten, sollen geschlossen werden. Gerade der öffentliche Dienst muss als Vorbild für andere Arbeitgeber gleiche und gleichwertige Arbeit gleich bezahlen. Die Abkoppelung des öffentlichen Dienstes von der allgemeinen Einkommensentwicklung und der fortgesetzte Personalabbau in vielen Bereichen untergraben dessen Qualität und verschlechtern die öffentliche Daseinsvorsorge und Infrastruktur.
- **den sozialen Wohnungsbau zu stärken.** Ein Engagement des Bundes für den sozialen Wohnungsbau ist weiter notwendig, wie die weit verbreiteten Mietsteigerungen bei Neuvermietungen zeigen. Die Bundesmittel für den sozialen Wohnungsbau – wie auch die Landesmittel – müssen daher mit einer entsprechenden Zweckbindung versehen, weiterhin bereitgestellt und deutlich aufgestockt werden.

- **die Handlungsfähigkeit auf dem Gebiet der Inneren Sicherheit zu erhalten**, denn die stabile Sicherheitslage in Deutschland ist ein hohes gesellschaftliches Gut. Sie lebt vom Engagement der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Sicherheitsbehörden. Auf eine gute polizeiliche Arbeit kann kein Staat verzichten, der sich dem Schutz von Bürgerinnen und Bürgern verpflichtet fühlt. Deswegen wollen wir die ausufernde Sparpolitik beenden und den eklatanten Personalmangel beseitigen. Das heißt auch, die polizeiliche Präsenz in den Flächenstaaten wieder zu stärken.

Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern **eine nachhaltige Finanzierung der öffentlichen Hand, insbesondere der Kommunen**. Die Schuldenbremse, das Auslaufen des Solidarpaktes sowie die Absenkung der EU-Strukturfonds erhöhen den Druck.

Wir fordern die Parteien auf, sich für einen handlungsfähigen Staat einzusetzen. Geld ist in unserem reichen Land mehr als genug vorhanden, es ist allerdings immer ungerechter verteilt. Während der private Reichtum, der sich auf die obersten Bevölkerungsschichten konzentriert, immer mehr zunimmt, steigt seit Jahren die Verschuldung der öffentlichen Hand. Der Staat hat mit Steuerprivilegien für Reiche seine chronische Unterfinanzierung selbst verschuldet und damit den Druck auf die öffentlichen Haushalte erhöht. Ausgabenkürzungen und neue Schulden folgen Steuergeschenken für Reiche und Vermögende stets auf dem Fuß. Aber auch die Einführung eines Niedriglohnssektors sowie die staatliche Subventionierung niedriger Löhne haben zu weiteren Einnahmeausfällen geführt.

Deshalb fordern wir die Parteien nachdrücklich auf, sich für eine Verbesserung der Finanzierung des Staates und mehr Steuergerechtigkeit einzusetzen.

Dazu gehören insbesondere folgende Maßnahmen:

- eine höhere Besteuerung großer Erbschaften und die Wiedereinführung der Vermögensteuer, die die Substanz von Betriebsvermögen der Realwirtschaft nicht gefährdet,
- eine Erhöhung des Körperschaftsteuersatzes mit gleichzeitiger verbesserter Abschreibung von Investitionen im Betrieb,
- die Stärkung und Weiterentwicklung der Gewerbesteuer,
- eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes der Einkommensteuer bei gleichzeitiger Reform des Progressionsverlaufs, die für die unteren und mittleren Einkommen zu einem Abflachen der Progression führt,
- die Abgeltungsteuer zu streichen und alle Einkommensarten mit dem persönlichen Einkommensteuersatz zu besteuern,
- die Finanztransaktionssteuer rasch umzusetzen,
- eine einmalige Vermögensabgabe in Höhe von 3% auf private Vermögen ab 500.000 Euro für Ledige und ab 1 Million Euro für Verheiratete einzuführen, um damit einen „Europäischen Zukunftsfonds“ mit ausreichendem Eigenkapital auszustatten, und schließlich
- einen effektiven Steuervollzug (Steuerfahndung, Steuervollzug, bessere Personalausstattung, multilaterale Abkommen etc.) zu organisieren.

Eine Erhöhung der Mehrwertsteuer lehnen wir entschieden ab. Wir fordern den Erhalt des ermäßigten Mehrwertsteuersatzes. Gerade der ermäßigte Mehrwertsteuersatz für Lebensmittel hat für Menschen mit niedrigem Einkommen eine große Bedeutung. Unsinnige Mehrwertsteuersenkungen, wie für Hoteliers, gehören auf jeden Fall abgeschafft.